QUELLEN
UND MATERIALIEN
Aus dem Leben eines IG-Farben-Monopolisten

VON HANS RADANDT


Am 10. April 1901 trat Leisler Kiep als Seekadett in die Marine ein, besuchte die Marineschule bis 1903, wurde 1904 Leutnant zur See und absolvierte von 1910 bis 1912 die Marineakademie in Kiel.

Bis dahin decken sich die Berichte über den Lebenslauf von Leisler Kiep, wie wir sie biographischen Handbüchern entnehmen können, deren Angaben von ihm autorisiert wurden.¹

Über seine Teilnahme am ersten Weltkrieg lesen wir im „Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft“:

„Während des Krieges nahm K. u. a. an der Schlacht auf der Doggerbank und an der Skagerrak-Schlacht, sowie an der Eroberung der baltischen Inseln und an der Unternehmung zur Befreiung Finnlands teil.“

Legen schon die vorstehenden Sätze die Vermutung nahe, Leisler Kiep wäre Frontoffizier gewesen, so wird dieser Eindruck noch verstärkt durch die knappe Formulierung im „Wer ist Wer?“ aus dem Jahre 1958:

„Kriegseinsätze u. a. Skagerrakschlacht, Eroberung der balt. Inseln u. Befreiung Finnlands.“

Einem Zeitungsbericht entnehmen wir: „Während der Skagerrak-Schlacht war er I O des Admirals Scheer, 1917 Stabsoffizier am Oesel-Unternehmen.“ ²

Von Kriegseinsätzen steht nichts im Dienstzeugnis, über die Tätigkeit von Leisler Kiep im Kriege wird nur angegeben:
„Hat schwierige politische Verhandlungen mit Schweden, Russland und Finnland während der Finnland-Unternehmung im Frühjahr 1918 hervorragend geleitet und zum guten Abschluß gebracht...“⁴
Viel wichtiger aber ist der Satz in diesem Zeugnis, in dem es über Kiep heißt:
„Pflegt persönliche Beziehungen nach allen Seiten.“⁵
„Der kurz vor dem Kriege in den Farbwerken erfundene Künstliche Nebel wurde zu einem bedeutsamen Schutz für die kämpfende Truppe. Der „Höchster Nebel“ hat nicht nur in der Skagerrakslacht und in anderen Seegefechten des Weltkrieges eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch eine dauernde Änderung der Taktik zur See und teilweise zu Lande veranlaßt.“⁸

³ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bestand 0701, Akte 578 (im Folgenden: DZA), Bl. 15.
⁴ Ebenda.
⁵ Ebenda.
⁶ „Der Volkswirt“ Nr. 3 v. 16. 1. 1954.
⁸ Ebenda.


„... Ich bin seit vielen Jahren ein Anhänger des Führers und habe die N.S.D.A.P. in Hamburg in jeder Weise unterstützt... Seit dem 1. 1. 1933 bin ich Parteimitglied.

Um die merkwürdige Wirkung gerade meines Rausschmisses bei der H. A. P. (Hapag – H. R.) nach der Machtübernahme zueigentigen, stellte ich meinen

10 Ebenda.
11 „Frankfurter Allgemeine“, a. a. O.
vielen Freunden das Ganze als Beförderung zum Staatsrat und Aufsichtsratsmitglied dar.""12
Richtig daran ist, daß Leisler Kiep 1933 aus dem Vorstand der Hapag und dem
des Norddeutschen Lloyd ausscheiden mußte. Richtig ist auch, daß es ein
Rauuschmäß war, wenn er sich auch, da es sich um einen Angehörigen der
herrschenden Kreise des deutschen Imperialismus handelte, durch die vor-
übergehende Aufnahme in den Aufsichtsrat beider Unternehmungen und die
Ernennung zum Staatsrat in anderen Formen als bei irgendeinem Angestellten
vollzog. Das aber als eine Beförderung hinzustellen, war eine glatte Lüge, die
Kiep noch dazu nicht einmal etwas nützte. Bereits am 25. Oktober 1934, also
nur fünf Tage nach dem zitierten Schreiben, teilte er Lammers mit, er (Kiep)
müsste der Annahme sein, daß sein „Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat kate-
gorisch gefordert werden wird.“13 Weitere drei Tage danach, am 28. Oktober
1934, teilte er Lammers mit:
„Dem, inzwischen von Herrn Helfferich mir übermittelten Ersuchen der
Regierung, ohne Verzug meinen Posten als Aufsichtsratsmitglied niederzulegen
unter Androhung der Abberufung durch eine außerordentliche Generalver-
sammlung habe ich gemäß Anlage beantwortet.“14
In der beigefügten Abschrift eines Briefes an den Vorsitzenden des Aufsichts-
rats der Hapag, Helfferich, heißt es unter anderem:
„In Bestätigung Ihres Schreibens v. 25. d. M. kann ich als Nationalsozialist
nur erwidern, dass der Wunsch der Regierung mir Befehl ist, dem gehorchend
ich meinen Posten als Aufsichtsratsmitglied von Hapag und Lloyd nieder-
lege...“15
In allen zitierten Briefen ist keine Rede davon, daß Kiep, wie die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb, wegen der „politischen Umwälzungen“ aus der
Hapag und dem Norddeutschen Lloyd ausscheiden mußte. Kiep selbst schrieb
ja auch ausdrücklich, daß er „als Nationalsozialist“ dem „Wunsch der Regie-
 rung“ folgen werde.
Warum aber wurde Leisler Kiep 1933 als Vorstandsmitglied beider Gesell-
schaften abgelöst und 1934 auch zum Ausscheiden aus deren Aufsichtsrat
veranlaßt?
Leisler Kiep und anderen Vorstandsmitgliedern beider Gesellschaften wurde
nachgewiesen, daß sie sich in den Jahren 1932 bis 1933 auch vom Standpunkt
des Monopolkapitals ungerechtfertigt an Konzerngeldern bereichert hatten.
Bei beiden Aktiengesellschaften bestanden Pensionsfonds, die in erster Linie
aus den Konzerngewinnen gespeist wurden. Ein wesentlich kleinerer Teil dieser
Fonds rührte aus Tantiemen her, welche die Vorstandsmitglieder in ihrer Eigen-
schaft als Aufsichtsratsmitglieder anderer Gesellschaften erhielten und zu deren
Überweisung sie verpflichtet worden waren. Beide Gesellschaften wurden im
Jahre 1932, weil sie überschuldet und zahlungsunfähig waren, durch einen vom
Reiche garantierten Bankenkredit in Höhe von 30,5 Millionen RM gestützt.

12 DZA, Bl. 13. 13 DZA, Bl. 28. 14 DZA, Bl. 30. 15 DZA, Bl. 31.
Obwohl ein Pensionsfall nicht eingetreten war und außer im Falle Cuno Hinterbliebene nicht versorgt zu werden brauchten, lösten die Vorstandsmitglieder den Pensionsfonds auf und teilten die Gelder unter sich auf.

„Das Motiv war anscheinend die Sorge, daß entweder das Bankenkonsortium oder die Reichsgesetzgebung auf das Rückstellungskonto zurückgreifen würden“16, heißt es in einer Aufzeichnung des Reichsverkehrsministeriums über die Ausschütting des Pensionsfonds.

Dazu kam weiterhin, daß ein Teil der Vorstandsmitglieder, darunter auch Leisler Kiep, „die für ihre Rechnung an dem Pensionsfonds-Fundus eingezahlten Beträge fahrlässig nicht versteuert“ hatte, wie der Anwalt von Leisler Kiep, von der Golz, in einer Sachdarstellung für Lammers mitteilte.17


„Da ich aus verschiedenen Bemerkungen, die Herr Witting im Laufe seiner Ausführungen machte, den Eindruck gewinnen mußte, das Landesfinanzamt sei nach den Mitteilungen des Grafen Golz und des Herrn Leisler Kiep der Auffassung, daß nicht nur der Herr Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, sondern auch der Führer und Reichskanzler selbst eine Herrn Leisler Kiep günstige Beilegung des Falles dringend wünschten, so habe ich zu diesem Punkte erklärt, daß der Herr Staatssekretär im Hinblick auf die Stellung des Herrn Leisler Kiep und seine Verdienste es gewiß begrüßen würde, wenn sich die Schuldlosigkeit des Herrn Leisler Kiep herausstelle, daß er aber sicherlich nicht dem das Wort reden wolle, daß Herr Leisler Kiep unter allen Umständen, also auch dann rein gewaschen würde, wenn er dies nach Lage der Dinge nicht verdiene.“18

Das heißt also nichts anderes, als daß Kiep unter gewissen Umständen doch „rein gewaschen“ werden sollte. Auch Lammers hatte sich bereits bei einem Gespräch mit dem Staatssekretär Koenigs über die widerrechtliche Ausschütting des Pensionsfonds notiert:


16 DZA, Bl. 20. 17 DZA, Bl. 37. 18 DZA, Bl. 48f. 19 DZA, Notizzettel vor Bl. 18. 20 DZA, Bl. 56.
Es ist also klar erwiesen, daß die strafbaren Handlungen von Leisler Kiep und
nicht etwa die „politischen Umwälzungen“ seinem Wirken in den Schiff-
fahrtsgesellschaften ein Ende setzten.
Es war auch gar nicht anders denkbar, denn Leisler Kiep war bereits lange vor
1933 in Kreisen des Monopolkapitals einer der eifrigsten Förderer der faschisti-
schen Partei.
Er selbst legte dafür Zeugnis ab, als er in seinem Geburtstagsglückwunsch an
Hitler im Jahre 1939 unter anderem formulierte:
„Eingedenken der Zeit von 1930 bis 1933, als ich in Hamburg für die finanzielle
Unterstützung der Partei und ihre Propaganda im Kreise der Großreederei
tätig sein konnte, sowie der Unterredung, die Sie mir am 3. November 1932 im
„Kaiserhof“ gewährten, . . .“

In einem Schreiben vom 18. Februar 1936 an Grafen von der Goltz, das dieser
im Original an Lammers schickte, erklärte Leisler Kiep, er hätte im Herbst
1932 ein Exemplar der Eingabe an Hindenburg unterschrieben, die forderte,
Hitler zum Reichskanzler zu machen. Es kommt in diesem Zusammenhang
nicht darauf an, daß dieses von Kiep unterschriebene Exemplar den vorgesehenen
Empfänger nicht erreichte — zumal Albert Schreiner in seiner Dokumentation
gegenüber den Reinwaschungsversuchen westdeutscher Historiker am deutschen
Monopolkapital den eindeutigen Beweis geführt hat, daß die gleichlautenden Eingaben anderer Monopolisten in die Hände Hindenburgs
kamen. Hier ist vielmehr wichtig, von einem Beteiligten noch eine zusätzliche
Bestätigung zu erhalten, daß die übrigen Eingaben abgegeben wurden. Die ständig
Treuegelöbnisse Kieps gegenüber der faschistischen Partei, seine Empörung darüber, daß sein Exemplar der Eingabe nicht abgegeben worden war,
auch seine Beziehungen zu bedeutenden ausländischen Persönlichkeiten konnten
Kiep zwar wegen seines Steuervergehens eine milde Strafe und deren baldige
Löschung erwarten lassen, schützten ihn aber nicht davor, daß er in seinen
Kreisen stark an moralischem Kredit verloren hatte. Das mag vielleicht auch
der Grund sein, weshalb der Name Leisler Kiep in der 1957 erschienenen Fest-
schrift des Norddeutschen Lloyd überhaupt nicht erwähnt wird, obwohl Kiep
doch einige Jahre Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft war. Allerdings sind
die führenden Kreise des deutschen Imperialismus in Westdeutschland — wie wir später noch sehen werden — heute anderer Meinung über Kiep.
Da offensichtlich nach dem Steuerverfahren — das zwar nicht publiziert wurde,
aber in den herrschenden Kreisen, in denen sich Kiep bewegte, doch nicht

21 DZA, Bl. 70.
22 DZA, Bl. 52f.
23 Vgl. Schreiner, Albert, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten
und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler
(November 1932), in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Jg. IV, 1956,
H. 2, S. 366ff.
Reederei, Bremen 1957.
unbekannt blieb — keine Möglichkeit für ihn bestand, eine andere leitende Position zu erhalten, ging Kiep in die Türkei und wurde bei der dortigen Regierung Berater in Schiffsfrachtsfragen. Bei Kriegsausbruch kehrte er nach Deutschland zurück, war von 1940 bis 1943 Generaldirektor der Hamburgischen Landesbank und dann bis Kriegsende ehrenamtlicher Sachverständiger des Kriegsschädenamtes in Frankfurt am Main. Nach dem Tode seines Schwiegervaters, Walther vom Rath, Anfang 1940, erbte Leisler Kiep offensichtlich nicht nur das „Haus Meister“ in Kronberg (Taunus), den Stammsitz der Familie Meister, wo er seit 1943 wohnt, sondern auch ein bedeutendes Aktienpaket der IG Farbenindustrie AG (Walther vom Rath war auf der Hauptversammlung der IG Farbenindustrie AG von 1939 mit einem Eigenbesitz an IG-Aktien im Nominalwert von 1031000.— RM angemeldet, was nicht bedeutet, daß er nicht noch mehr IG-Aktien besaß, die er eventuell durch andere vertreten ließ.)

Seit der Neugründung der Farbwerke Hoechst AG im Jahre 1953 ist Leisler Kiep stellvertretender Vorsitzender in deren Aufsichtsrat und führt den Vorsitz im technisch-wissenschaftlichen Ausschuß des Aufsichtsrats. In dieser Stellung kommt zum Ausdruck, daß er ein ziemlich großes Aktienpaket der IG Farbenindustrie AG besessen haben muß. Das gestattete ihm, bei der „IG Farbenentfluchtung“ einer der Großaktionäre der Farbwerke Hoechst zu werden. Dabei ist aber von Interesse, was wir in einer Notiz des großbourgeoisen Blattes „Der Volkswirt“ lesen:

„Nach dem Zusammenbruch war Dr. Kiep 1948 ein halbes Jahr Chief Adviser des IG-Farben Control Office (US), schied aber dann aus, um sich den Fragen der IG-Entfluchtung zu widmen, insbesondere der Wiederherstellung der Farbwerke Hoechst.“

Hierdurch wird einmal mehr bewiesen, welche Hilfestellung das amerikanische Monopolkapital dem deutschen Imperialismus für die Reorganisation seiner wirtschaftlichen Basis auch durch die amerikanischen Besatzungsorgane in einer den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hohlsprechenden Weise gab.


26 „Der Volkswirt“ Nr. 3 v. 16. 1. 1954.

27 „Frankfurter Rundschau“ v. 12. 1. 1959, Ausg. A.
Liebe Herr Lammers!


Mit der Bitte um beste Empfehlungen an den Führer, herzlichen Gruß und

Heil Hitler!
Ihr ergebenster Leisler Kiep

DZA, Bl. 3, handschriftliches Original.
Ein Monopolist

Der Staatssekretär
in der Reichskanzlei
StS. Nr. 990/34.

1.) An
Herrn Direktor Leisler Kiep
Hamburg 13
Harvestehuder Weg 16.

Vertraulich!

Lieber Herr Kiep!


Mit herzlichem Gruß und Hitler-Heil

Ihr sehr ergebener L

2.) Z. d. A.

DZA, Bl. 4, Konzept, abgezeichnet von Lammers, abgesandt am 26. April 1934
Haus Meister
Cronberg im Taunus

15. 7. 34.

Lieber Herr Lammers!

Lange ist es her, seit ich Ihnen geschrieben, und heute drängt es mich, Sie zu bitten, unserem Führer und Kanzler auch von mir zu sagen, wie glücklich und begeistert ich und mit mir meine Frau und meine Schwiegereltern vom Rath hier alle sind über die tief ergreifende und erhebende Rede. Es ist, als wenn ein schwerer Alpdruck von einem genommen ist! Gewiß, viel Schweres steht bevor, aber nach solchen Worten höchster menschlicher und staatsmännischer Größe, kann es doch keinen Deutschen, der den Namen verdient, mehr geben, der nicht hinter dem Führer steht und Gottes Segen auf sein Haupt erläßt! Herzlichen Dank wenn Sie dem Führer unsere treuen Segenswünsche übermitteln!


Mit verbindlichsten Grüßen und

Heil Hitler! Ihr ergebenster Leisler Kiep

Herr v. Steinmeister, der gestern hier war, schließt sich ganz dem Danke an und bat um Grüße.

DZA, Bl. 5, handschriftliches Original.
Der Staatssekretär
in der Reichskanzlei
St. S. Nr. 2014/34.

1.) An
Herrn Leisler Kiep
Cronberg im Taunus,
Haus Meister.

Liebe Herr Leisler Kiep!


Mit verbindlichsten Grüßen und Heil Hitler bin ich

Ihr sehr ergebener
(N. d. H. St. S.)
L

2. Z. d. A.

DZA, Bl. 6, Konzept, abgezeichnet von Lammers, abgesandt am 20. Juli 1934.